FREITAG, 27. NOVEMER 2009 NR. 48 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Bussenterror bei
113 statt 80 km/h

Klar, dieser Bürger am Steuer war zu schnell. Ausserorts, Strasse schnurgerade, null Verkehr, Sonntag. Da lohnt sich ein Hinterhalt für die Gestrapo.
CHF 6,620 kostete das Verbrechen im Kanton Zürich, obwohl nach Ort, Zeit und Umständen eine Bagatelle.
In D hätte die Busse EUR 75 betragen.
Es geht eben bei uns nicht um die Sicherheit, sondern ums Abzocken.

AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch – 044 391 6767

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

AN DIE URNEN! JEDE STIMME ZÄHLT

REGIERUNGSRATSERSATZWAHL VOM 29. NOVEMBER 2009

An die Urnen für Ernst Stocker und für den Kanton Zürich

Die Hälfte der Stimmberechtigten hat bis jetzt noch nicht gestimmt. Der Wahlausgang ist offen. Jede Stimme für Ernst Stocker ist jetzt entscheidend. Alle sind aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Fordern Sie nochmals alle auf, dieses Wochenende an die Urne zu gehen und Ernst Stocker zu wählen.

NATIONALRAT
ALFRED HEER
PARTEIPRÄSIDENT
SVP KANTON ZÜRICH

Es steht für den Kanton Zürich viel auf dem Spiel. Verkehrschaos oder Verkehrsbewältigung. Marode Finanzen oder weitsichtige Finanzpolitik. Mehr Bürokratie oder effizientere Verwaltung. Mehr Umverteilung oder mehr Privateigentum. Mehr Vorschriften und Regulierungen oder mehr gewerbliche Freiheit. Mehr Missbrauch oder mehr Eigenverantwortung. Mehr Kriminalität oder härteres Durchgreifen. Wir haben es in der Hand. Fordern Sie Ihre Bekannten, Verwandten und Freunde dazu auf, Ernst Stocker zu wählen.

Die Abstimmungslokale sind bis und mit 29. November 2009 offen.

Nutzen wir die verbleibende Zeit.

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Eidgenössische Vorlagen

Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	JA
Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»	NEIN
Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»	JA

Kantonale Wahl

Ersatzwahl eines Mitgliedes des Regierungsrates für den Rest der Amtsdauer 2007–2011

Ernst Stocker

SYMPOSIUM «25 JAHRE UNABHÄNGIGE BESCHWERDEINSTANZ FÜR RADIO UND FERNSEHEN (UBI)»

Geben Radio und Fernsehen in der Schweiz Anlass zu Beschwerden?

Anlässlich des Jubliäums «25 Jahre UBI» referierte Nationalrätin Natalie Rickli am 20. November 2009 in Bern. Rickli geht vom verfassungsmässigen Grundrecht der Meinungsäusserungsfreiheit aus, woraus sich die Medienfreiheit ableitet. Sie stellt jedoch den tatsächlich fehlenden Wettbewerb auf dem Radio- und Fernsehmarkt fest. Dadurch ist ein mangelhaftes Angebot garantiert. Beschwerden von Fernseh- und Radiokonsumenten sind die logische Folge.

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Jubiläen sind fast immer erfreuliche Ereignisse. Gerade bei privatwirtschaftlichen Unternehmen ist ein Jubiläum immer ein Anlass zur Freude: Man freut sich darüber, dass das betreffende Unternehmen seit 50 oder 100 Jahren auf dem Markt zu bestehen vermag und mit erfolgreichen Produkten die Bedürfnisse der Kundschaft abdeckt. Bei staatlichen Instanzen ist dies etwas anders: Die Jahreszahl alleine ist noch kein Erfolgsausweis, denn der Bestand staatlicher Instanzen ist in der Regel nicht in Frage gestellt. Auch eine ungenügende Erfüllung des Auftrags führt nicht zur Auflösung, sondern bestenfalls zu einer Untersuchung.

Dies im Gegensatz zur Privatwirtschaft, wo ein Unternehmen, das keinen Erfolg hat, rasch untergeht und nicht 20 oder 30 Jahre bestehen kann, weil die Mittel einfach bereitstehen.

Darum ist es wichtig, bei staatlichen Instanzen regelmässig eine kritische Standortbestimmung vorzunehmen. Das ist die Aufgabe von uns Politikern. Kritische Fragen müssen wir uns darum stellen, weil staatliche Instanzen immer

- von der öffentlichen Hand finanziert sind und
- zu einem bestimmten Mass in die Privatsphäre der Bürger eingreifen.

Und dies ist gerade im Medienbereich ausserordentlich heikel und sensibel. Darum ist es geradezu zwingend, am heutigen Tag eine solche Standortbestimmung vorzunehmen, und ich will einmal annehmen, dass Sie mich auch aus diesem Grund eingeladen haben.

Medienfreiheit als Fundament der Demokratie

Mir wurde die Frage gestellt: «Geben Radio und Fernsehen in der Schweiz Anlass zu Beschwerden?» – Ich will versuchen, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Und dabei beginne ich bei den Grundsätzen:

Im Zentrum all unserer Diskussionen muss die Medienfreiheit stehen. Sie ist die Basis jeder publizistischen Tätigkeit. Auch in Artikel 93 unserer Bundesverfassung – einer der Grundlagenartikel für die UBI – steht geschrieben, dass die «Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck kommen» soll. Denn der Wettstreit der Meinungen ist letztlich das Fundament jeder Demokratie.

Verwirklichung der Medienfreiheit ist bester Schutz des Publikums

Es ist meines Erachtens ein politisch falscher Ansatz, wenn man meint, die Bürger müssen durch aktives Zutun des Staates – also durch konkrete staatliche Aktivitäten – vor etwas geschützt werden. Im Gegenteil: Gerade das Aktivwerden des Staates führt immer dazu, dass die Privatsphäre des einzelnen Bürgers verletzt wird:

- Jedes Eingreifen des Staates stellt letztlich Werte wie die Mündigkeit der Bürger, die Selbstbestimmung oder die Eigenverantwortung in Frage.
- Jedes Eingreifen des Staates heisst auch, dass man den Bürgern nicht zutraut, den jeweiligen Bereich selber zu regeln.

Politik und Verwaltung werden gerne aktiv und nehmen Einfluss: Diese Erscheinung kennen wir seit vielen Jahrhunderten. Genau darum mussten sich die Bürger Freiheitsrechte erkämpfen. Freiheitsrechte, welche ihre Privatsphäre schützen. Aber auch Freiheitsrechte, welche die unternehmerische Freiheit gewährleisten und so den wirtschaftlichen Wettbewerb ermöglichen.

Fortsetzung Seite 2

Hotel-Restaurant Sonne
Familie Zorica Fak
Kirchenstr. 51, 8843 Oberiberg
Telefon 055 414 12 30
info@sonne-oberiberg.ch

Sonnenstübli für 20, grosser Saal für 50 Personen, Restaurant bis 40 Personen. Grosse Terrasse. Familienhotel mit 40 Betten: Doppelzimmer, 4er-Zimmer und Einzelzimmer. Alle Zimmer verfügen über fliessend Kalt- und Warmwasser, pro Etage eine Dusche, ein Bad sowie WC's. Zusätzlich 2 x 8 Matratzenlager. Ruhige Lage ob der Kirche (Gruppenunterkünfte).

Neu in Ihrer Region:
24-Stunden-Betreuung
in den eigenen 4 Wänden

I-W-A In Würde altern
Tel. 0041 (0) 844 55 44 33
Fax 0041 (0) 844 55 44 00
E-Mail: info@I-W-A.ch
WWW.I-W-A.CH

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Sparen Sie bei den Hypotheken! Wir sagen Ihnen wie.

HypothekenBörse AG
Finanzierungsberatung
für Private und Firmen

Neugrütstrasse 4b
CH-8610 Uster
Telefon 043 366 53 53
Fax 043 366 55 83
info@hypotheken-boerse.ch
www.hypotheken-boerse.ch

Clever finanzieren.

HYPOTHEKENBÖRSE AG

Sittenlehrpfad für Asylanten

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Bundesrätin Widmer-Schlumpf lässt dieses Jahr rekordmässige 17 500 Asylbewerber ins Land. Ihr Asylwesen kostet eine Milliarde. Im Preis inbegriffen ist etwas integrative Unterhaltung für die Asylanten. Gemäss SF-Sendung «Schweiz aktuell» scheint Zofingen wie geschaffen für einen fröhlichen Integrations-Parcours. Denn dort seien die Menschen noch «ordentlich, pünktlich und gehen früh schlafen». Zofingen als Vorzeigeschweiz? Vielleicht zu Zeiten des gestrengen Zofinger Musterschweizers Generalstabschef Hans Senn. Heute macht Zofingen nur noch Schlagzeilen mit einem Polizeichef, der sich als Ordnungshüter und gleichzeitig als Drogendealer betätigt.

Ein mässiges Vorbild also für eine Gruppe junger Asylbewerber, die anlässlich eines Stadtrundgangs laut Schweizer Fernsehen «die Eigenarten ihres neuen Gastlandes» kennenlernen. In einer Art Sittenlehrpfad erfahren die Sri Lanker, Nigerianer und Eritreer alles über die Alltagsgebräuche der Zofinger Urbevölkerung. Wichtig sei den Schweizern, dass von abends zehn bis morgens sieben oder acht Nachtruhe herrsche. Kein Problem, meint ein Asylant unter allgemeinem Gelächter: In Sri Lanka werde wegen der militärischen Ausgangssperre bereits ab neun Uhr abends scharf geschossen.

Asylbetreuer Samuel Bosshard ist ein sprachgewandter Mann: «Wie weit müssen Sie laufen zum Museum Zofingen from here?» Ein weiterer Schwerpunkt des Stadtparcours gilt dem öffentlichen Wasserlassen, seit im aargauischen Rekingen ein Asylant erwischt wurde, der eben an eine Mauer urinierte. Wo verrichtet man in der Schweiz seine Notdurft, lautet darum die Quizfrage. Am Baum? An einer Wand? In einen Brunnen? Korrekte Antwort: Die Schweizer benutzen eine Toilette.

Es gehe darum, so Betreuer Bosshard, den Asylanten mit dem Stadtrundgang «auf spielerische Art und Weise» Bräuche, Kultur, Verhalten näherzubringen. Solange das Departement von Eveline Widmer-Schlumpf das Milliardenbusiness der Asylindustrie spielerisch handhabt, muss man sich nicht wundern, dass es die einzelnen Asylzentren genauso tun. In Zofingen sogar mit ungeahntem Integrationserfolg. Er fühle sich hier schon ganz zu Hause, meint Asylant Muthulingam Vijanthan. Die Leute seien nett, es gefalle ihm hier. «Vorher war ich in Spreitenbach – wahnsinnig hektisch, viele Leute, alles Ausländer.»

SESSIONSBERICHT 1. WOCHE

Strompreiserhöhungen, Renaturierungsinitiative und Handwerkerpfandrecht

Am ersten Sessionstag wählten der National- und Ständerat je eine Frau an ihre Spitze. Als erstes Sachgeschäft beschäftigte sich der Nationalrat mit dem Strompreis und erhöhte ihn gleich um jährlich mehr als 300 Millionen. Sodann führte die Renaturierungsinitiative vom Fischereiverband und der Gegenvorschlag zu einer grösseren Debatte. Beim Streit um das Handwerkerpfandrecht schlug unser Fraktionschef eine salomonische Lösung vor.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Nach den Parlamentspräsidien wird die Bundesversammlung am nächsten Mittwoch mit grosser Wahrscheinlichkeit Doris Leuthard als Bundespräsidentin für das Jahr 2010 wählen. Damit sind sowohl die Legislative wie auch die Exekutive auf Bundesebene in Frauenhand. Der erst 32-jährigen Aargauerin Pascale Bruderer traut man zu, dass sie den Rat korrekt und speditiv leiten wird.

Staatlich verordnete Strompreiserhöhung

Aufgrund einer Parlamentarischen Initiative aus dem Ständerat soll der Wasserzins bis ins Jahr 2020 stufenweise angehoben werden. Profitieren von dieser Erhöhung würden vor allem die Bergkantone, bezahlen müssen es die Stromkonsumenten. Der Wasserzins wird bekanntlich mittels eines Stromzuschlages finanziert. In der vorberatenden Kommission wurde diese Vorlage anfänglich skeptisch beurteilt, denn dieser Wasserzinserhöhung steht keine konkrete Mehrleistung der Bergkantone gegenüber. Man will jedoch vom allgemeinen Trend zu höheren Energiepreisen und von der Teuerung ebenfalls noch profitieren.

Päckchen von Links-Grün mit der CVP

Die Vorlage wurde von Links-Grün in der Kommission erst voll unterstützt und damit mehrheitsfähig, nachdem gleichzeitig die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) verdoppelt und auch die Förderbeiträge für die Photovoltaik massiv erhöht wurde. Diese Erhöhung war ein zentrales Anliegen der linken Ratsseite. Die einen, vor allem die CVP, wollten also den Wasserzins, die anderen wollten die Einspeisevergütung erhöhen. Jedes Anliegen für sich war nicht unbedingt mehrheitsfähig. Also schloss man sich zu einer Zweckgemeinschaft zusammen und unterstützte sich gegenseitig.

Vor einem Jahr führte das Parlament eine aufgeregte Debatte über die Strompreiserhöhungen durch. Und nur wenige Monate erhöht das gleiche Parlament den Strompreis selber noch einmal. Die Strompreiserhöhungen treffen nicht nur die privaten Haushalte. Sie treffen auch Zehntausende von Klein-, Mittel- und Grossbetriebe. Und das in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld. Der Nationalrat hat den Antrag der Kommission, welcher die Einspeisevergütung verdoppeln wollte, mit einer knappen bürgerlichen Mehrheit noch abschwächen können. Trotzdem dürfte die Erhöhung die Stromkunden jährlich mehr als 300 Millionen Franken kosten.

Initiative und Gegenvorschlag – immer das gleiche Spiel

2006 wurde die Volksinitiative «Lebendiges Wasser» (Renaturierungsinitiative) eingereicht. Ihr Ziel ist es, zur Lösung gewässerökologischer Probleme beizutragen. Sie verlangt, dass die Kantone die Renaturierung öffentlicher Gewässer und ihrer Uferbereiche fördern, dass sie zu diesem Zweck kantonale Renaturierungsfonds errichten und dass die betroffenen Organisationen die Durchführung von Massnahmen beantragen können.

Die SVP wandte sich gegen diese Volksinitiative. So führt die Umsetzung der Initiative zu einer Einschränkung der Stromproduktion. Dies widerspricht dem ehrgeizigen Ausbauziel für die Wasserkraft im kürzlich revidierten Energiegesetz. Sodann wird das unter Druck geratene Verbandsbeschwerderecht massiv ausgebaut. Unsere Landwirte in der Fraktion machten vor allem auf den Umstand aufmerksam, dass damit auch zusätzlich wertvolles Kulturland geopfert werden müsste. Im Weiteren sollen die Kosten zu einem ansehnlichen Teil mit einer Strompreiserhöhung finanziert werden.

Der Ständerat hat die Volksinitiative zwar abgelehnt, gleichzeitg aber einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Der Gegenvorschlag nimmt einen grossen Teil der Anträge der Initiative auf. Dann können die Initianten ihre Volksinitiative getrost zurückziehen. Ihre Rechnung ist aufgegangen.

Handwerkerpfandrecht – Kompromissvorschlag Baader

Das Handwerkerpfandrecht ist ein wichtiges Instrument für die Unternehmer zur Sicherstellung ihrer berechtigten Forderungen. Zu Diskussionen Anlass gab die Stellung der Subunternehmer, welche ihre Aufträge nicht direkt vom Bauherr oder Hauseigentümer erhalten. Nach dem geltenden Recht können sie ihre Forderungen ebenfalls mit einem gesetzlichen Grundpfandrecht absichern. Diese Regelung kann dazu führen, dass Haus- und Stockwerkeigentümer zur Doppelzahlung für dieselben Arbeiten verpflichtet werden können. Für diese rechtlich schwierige Frage fand unser Fraktionschef, Caspar Baader, einen Kompromissvorschlag. Damit kann der Bauherr im Streitfall den Subunternehmer mit befreiender Wirkung gegenüber dem Unternehmer direkt bezahlen. Mit dieser Lösung kann die Gefahr einer ungerechtfertigten Doppelzahlung durch den Bauherrn gemildert werden. Gleichzeitg wird die Stellung der Subunternehmer nicht geschwächt.

Fortsetzung von Seite 1

Geben Radio und Fernsehen in der Schweiz Anlass zu Beschwerden?

In einer Demokratie sind die Meinungsäusserungsfreiheit und das Recht auf Verbreitung dieser Ansichten über die Medien von zentraler Bedeutung. Mischt sich der Staat hier ein, ist die Demokratie nicht viel wert. Darum schützen die Freiheitsrechte den Bürger vor Eingriffen staatlicher Instanzen in diese privaten Sphären. Und dieser Schutz besteht nicht in einem Handeln, sondern vielmehr in einem Nichtaktivwerden des Staates.

Die UBI als «Fremdkörper» im Wettbewerb der Medien

Geht man davon aus, dass der Wettbewerb unter den Medien funktioniert, erstaunt die Existenz einer Unabhängigen Beschwerdeinstanz als staatliche Institution. Sie ist ein «Fremdkörper» im Wettbewerb der Medien, der ja eben möglichst ohne staatliches Zutun funktionieren sollte.

Was läuft denn schief, dass es eine Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen braucht? Die Antwort ist einfach: Weil der Wettbewerb nicht funktioniert bzw. gar nicht wirklich stattfindet in den elektronischen Medien. Die Voraussetzungen dafür fehlen. Das neue Radio- und Fernsehgesetz, das seit April 2007 in Kraft ist, war zwar als Voraussetzung für Medienwettbewerb gedacht, ist aber heute eher ein Handbuch für staatliche Regulierung.

Und wer leidet darunter? Der Konsument. Es gibt Medien, die auf privatwirtschaftlicher Basis arbeiten und es gibt öffentlich-rechtliche Sender. Schlechte Programme oder Misserfolg hat bei der SRG keine Konsequenzen. Es bringt dem Bürger nichts, seinen Fernseher abzuschalten oder auf gewisse Fernsehprogramme zu verzichten. Er muss die Empfangsgebühren trotzdem weiterhin bezahlen. Dies macht den Konsumenten machtlos – er hat eigentlich keine Mitbestimmungsmöglichkeiten. Weil er seine Gebühren trotzdem entrichten muss, merkt das Fernsehen nicht, ob seine Kunden zufrieden sind oder nicht. Und auch wenn die Fernsehmacher aufgrund sinkender Zuschauerzahlen merken, dass die Kunden gar keine Kunden mehr sind, dann hat es keinen direkten wirtschaftlichen Einfluss, denn das Gebührengeld fliesst ja nach wie vor.

Hätten wir einen echten Wettbewerb im Medienbereich, hätte der Bürger als Konsument eine viel stärkere Stellung. Fernsehsender, welche mit ihrem Angebot die Bedürfnisse der Zuschauer nicht abdecken, hätten keinen Erfolg, da sie ja kein Publikum mehr hätten. Heute präsentiert sich die Situation ganz anders: Die Gebühren fliessen, ob sich Erfolg einstellt oder nicht. Selbst private Sender erhalten mittlerweile Gebührengelder – zwar wenig, aber immerhin. Aus meiner liberalen Sicht eine politische Todsünde.

Und aus diesen Gründen braucht es scheinbar letztlich auch eine Unabhängige Beschwerdeinstanz: Um den Konsumenten zu stärken, weil er sonst nichts zu sagen hat.

Konsument hat immer die kürzeren Spiesse

Doch der Konflikt ist noch tiefer: Was passiert nun, wenn der Bürger das Bedürfnis hat, eine Beschwerde anzubringen? Es gibt ein Verfahren, das allenfalls vor Gericht endet. Und hier steht der Bürger dann vor einer sehr speziellen Situation:

- Er finanziert beide Parteien. Seinen Anwalt muss er selber bezahlen, das ist klar. Aber er zahlt letztlich auch an die Aufwendungen der SRG – über seine Empfangsgebühren.
- Er steht einer potenten SRG mit voller Kriegskasse gegenüber. Einer SRG, welche zudem noch längere Spiesse hat im programmrechtlichen Verfahren: Die SRG muss, auch wenn sie unterliegt, keine Gerichtskosten zahlen und kann damit ganz gelassen durch alle Instanzen prozessieren. Dies rührt daher, dass die «mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben betrauten Organisationen» in der Regel keine Gerichtskosten auferlegt bekommen, da sie einen «gesetzlichen Leistungsauftrag» erfüllen.

Aufgabenstellung der UBI: Schutz gesellschaftlicher Werte?

Die Politik hat vor 25 Jahren entschieden, eine Unabhängige Beschwerdeinstanz zu schaffen. Die UBI ist zuständig für die Behandlung von Beschwerden gegen den Inhalt redaktioneller Sendungen. Sie muss prüfen, ob die einschlägigen Bestimmungen des nationalen und des internationalen Rechts durch die angefochtenen Sendungen verletzt wurden. Die UBI muss damit feststellen, ob eine Berichterstattung wahrheitsgetreu, objektiv und ausgewogen war.

Damals – so schreiben Sie in Ihrer Medienmitteilung vom 1.10.2009 – wurde die UBI als «Disziplinierungsinstrument gegenüber der als zu mächtig eingestuften Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft» gesehen. Mittlerweile habe sich «die Diskussion versachlicht», insbesondere auch aufgrund der nationalen und internationalen Konkurrenz. Primäre Aufgabe der UBI sei der «Schutz des Publikums» und «zentraler gesellschaftlicher Werte», ohne dabei «die Freiheit der elektronischen Medien in Frage zu stellen».

Spätestens hier habe ich gestutzt: Ist es wirklich Aufgabe der Unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen, für den Erhalt und Schutz «zentraler gesellschaftlicher Werte» zu sorgen? Doch fragen wir uns ganz kritisch: Fusst der Bestand der UBI letztlich nicht auch auf ganz ähnlichen Überlegungen?

Die Aussage, für den Schutz «zentraler gesellschaftlicher Werte» sorgen zu wollen, aber auch etwa der Kommentar der UBI zur parlamentarischen Initiative «Faire Abstimmungskampagnen» stimmen mich nachdenklich.

Unentgeltliche Sendezeit für Parteien und Komitees vor Abstimmungen solle «die Chancengleichheit» und eine «möglichst unverfälschte Meinungsbildung» vor Urnengängen gewährleisten. Die UBI soll gemäss Vernehmlassungsvorlage die «Rechtmässigkeit der Abstimmungsspots» prüfen – allenfalls auch bereits vor der Verbreitung des entsprechenden Spots.

Dies finde ich ganz heikel. Schauen Sie den aktuellen Abstimmungskampf an, wo einzelne Städte den Aushang der Minarett-Plakate verbieten. Es geht nicht darum, ob diese Plakate schön sind oder nicht. Es geht auch nicht darum, ob man die Initiative befürwortet oder nicht. Nein, die Frage ist eine andere:

- Trauen wir es denn den Bürgern nicht zu, sich selber eine Meinung zu bilden?
- Kann ein Bürger genügend mündig sein, um über eine Initiative an der Urne zu befinden, aber gleichzeitig nicht in der Lage, über die Qualität eines Plakats zu entscheiden?

Sie merken: Hier geraten wir auf dünnes Eis. Hier kratzen wir an den Grundsäulen der Demokratie. Hier geht es um die Mündigkeit – bzw. um die faktische Entmündigung – der Bürger und damit um die Frage der demokratischen Mitbestimmungsrechte. Wenn es einmal so weit kommen sollte, dass die UBI vorgängig über die Ausstrahlung politischer Stellungnahmen zu befinden hätte, wäre es um unsere direkte Demokratie nicht mehr gut bestellt. Ich hoffe, die UBI ist hier genügend sensibel, um zu sehen, dass diese Tätigkeitsfelder in einem liberalen, demokratischen Staat tabu sein müssen.

Geben Radio und Fernsehen in der Schweiz Anlass zu Beschwerden?

Kommen wir zurück zur Ausgangsfrage: «Geben Radio und Fernsehen in der Schweiz Anlass zu Beschwerden?»

Selbstverständlich geben sie es. Das ist weiter nicht schlimm, denn einerseits sind die Geschmäcker beim Publikum verschieden und andererseits kann die beste Unternehmung nicht lückenlos perfekte Arbeit leisten. Der Fehler liegt auch nicht bei der Unabhängigen Beschwerdeinstanz, welche sicher nach bestem Wissen und Gewissen arbeitet. Der Fehler liegt im System: In einem System, das dem Konsumenten kaum eine Möglichkeit gibt, mit seinem Verhalten die Arbeit der einzelnen Anbieter zu beeinflussen. In einem Gesetz, das erfolgreichen bestehenden Radiosendern den Stecker zieht und Sendern eine Konzession erteilt, die diese anschliessend (an den Unterlegenen) verkaufen.

Ich wünsche mir mehr Wettbewerb und eine ehrliche Konkurrenz zwischen möglichst vielen Anbietern. Dann würde es keine Beschwerdeinstanz mehr brauchen – ein Gewinn für die direkte Demokratie. Dies zu bewerkstelligen jedoch ist eine Aufgabe der Politik. Eine Aufgabe, die mir persönlich sehr am Herzen liegt.

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Teilrevision des kantonalen Richtplans

Der Kantonsrat beschäftigte sich diese Woche an vier Sitzungen mit der Teilrevision des kantonalen Richtplans. Im Kapitel Landschaft wurden Gewässer und Gefahren revidiert sowie das Kapitel Ver- und Entsorgung. Am meisten Diskussionsstoff boten die Standorte der Kiesgruben und Deponien.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Gewässer

Bevor auf die einzelnen Anträge im Kantonsrat eingegangen wurde, erfolgte eine Grundsatzdebatte. **Hans-Heinrich Heusser** (SVP, Seegräben) betonte im Rat, dass die Fruchtfolgeflächen nicht weiter verkleinert werden sollten. Mit einem Selbstversorgungsgrad von 56 Prozent seien wir auf Nahrungsmittelimporte angewiesen. Wenn Nahrungsmittel um die ganze Welt transportiert werden, ist dies ökologisch ein Unsinn. Die Schweiz dürfe nicht erpressbar werden bei den Nahrungsmitteln. **Othmar Kern** (SVP, Bülach) gab zu bedenken, dass sehr viel Kulturland im Laufe der Jahre für andere Zwecke der Landwirtschaft entzogen wurde. Der Baudirektor **Markus Kägi** (SVP) betonte im Rat, dass der Raumbedarf für die Gewässer im Richtplan 1995 noch nicht thematisiert wurde. **Hans-Heinrich Heusser** stellte den Antrag, dass auf die Anwendung der Biodiversitätskurve zu verzichten sei, sofern Fruchtfolgeflächen betroffen seien. Die Anwendung der Biodiversitätskurve sei völlig unverhältnismässig, da 285 Hektaren Fruchtfolgefläche betroffen wären. Der Antrag wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag von SVP und FDP forderte, dass der Eintrag für einen Seeuferweg am Zürichsee gestrichen werde. **Theo Toggweiler** (SVP, Zürich) betonte im Rat, dass bei einem Seeuferweg auch an die Folgekosten (Unterhalt und Reinigung) gedacht werden müsse. Zudem müssen wir damit rechnen, wenn wir heute einen Seeuferweg bauen, dass in fünf Jahren die Forderung nach einer Beleuchtung komme. Der Baudirektor **Markus Kägi** betonte, dass ein Seeuferweg nicht unbedingt überall direkt am See entlang gehen müsse. Der Antrag wurde mit 89 zu 88 Stimmen gutgeheissen.

Materialgewinnung

Wo gebaut wird, wird Material benötigt. Insbesondere Kies und Sand. **Bruno Grossmann** (SVP, Wallisellen) stellte in der Grundsatzdebatte fest, dass im Kanton Zürich genügend Kies-, Sand- und Natursteinvorkommen vorhanden sei. Trotzdem müsse ein sparsamer Verbrauch angestrebt werden, um die Vorkommen für die kommenden Generationen zu sichern. Die Materialgewinnung im Wald sei im Kanton Zürich, im Gegensatz zu anderen Kantonen, ein Tabu. Zur Schonung der Fruchtfolgeflächen, die im Kanton Zürich nicht mehr ausreichend vorhanden seien, müsse künftig der Abbau im Wald ermöglicht werden. Mit der Aufnahme des Abbaugebietes Näniker Hard gehe man einen Schritt in die richtige Richtung. Eine dezentrale, regionale Versorgung sei sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll. Es müsse auch im Interesse aller Gemeinden liegen, dass die Transportwege möglichst kurz seien. **Matthias Hauser** (SVP, Hüntwangen) betonte im Rat, dass für Regionen mit zusammenhängenden Kiesabbaugebieten neu sogenannte Gesamtkonzepte vorgesehen seien. Die Region Rafzerfeld verfüge bereits seit 1992 über ein Gesamtkonzept. Aus dem Rafzerfeld stammen auch in Zukunft rund 80 Prozent des Kieses, welcher im Kanton Zürich abgebaut werde. Leider konnte der Bahnanteil von 50 Prozent für die Kiestransporte nie eingehalten werden. Der Kanton habe bisher auch keine Massnahmen getroffen, um dies zu ändern. Der nächste Antrag verlangte den Bahnanteil für den Transport von 35 Prozent auf 45 Prozent zu steigern. **Bruno Grossmann** erklärte im Rat, dass die Fachleute während der Kommissionsarbeit mit Fakten aufzeigen konnten, dass es ein hochgestecktes Ziel darstelle, den Bahnanteil im ganzen Kanton bei 35 Prozent zu erreichen. Es brauche von der Kiesbranche zusammen mit dem Kanton Massnahmen mit entsprechenden Investitionen der Branche, um dem Ziel näher zu kommen. Dezentrale Umschlagplätze für den kombinierten Ladeverkehr seien nicht gratis zu haben. Zudem könne die SBB ihr Bahnnetz nur auf einzelnen Strecken für Bahntransporte von Kies und Aushubmaterial zur Verfügung stellen. Dies wirke sich negativ auf den Bahnanteil aus. Die Erhöhung auf 45 Prozent gehöre ins Reich der Utopien. **Heinrich Frei** (SVP, Kloten) betonte zudem, dass die Strasse nicht gegen die Bahn ausgespielt werden dürfe. Der Strassenverkehr ruhe in der Nacht, wobei der Bahntransport vorwiegend in der Nacht stattfinde. Der Baudirektor **Markus Kägi** betonte, dass wir heute einen Bahnanteil von 25 Prozent erreichen, 35 Prozent seien ehrgeizig, aber erreichbar. Der Antrag wurde abgelehnt.

Kommunikation

Der Baudirektor **Markus Kägi** betonte, dass es in diesem Kapitel darum gehe Rahmenbedingungen für Mobilfunkanlagen zu schaffen. Die gemeinsame Nutzung von Sendeanlagen für den Mobilfunk sei vorgesehen. Zudem werden nur Bewilligungen erteilt, wenn der Grenzwert nicht überschritten werde.

Abfall

In diesem Kapitel geht es um die Deponiestandorte. Es sind 14 000 Einwendungen eingegangen. Niemand möchte gerne eine Deponie in seiner Umgebung haben. Es geht aber nicht um Gift- oder Hausmüll. Es geht um Gesteinsdeponien oder um Reststoffdeponien. Es wird auf eine regionale Versorgung mit kurzen Verkehrswegen gesetzt. Die Regierung hat alle Standorte für den Bedarf der nächsten 80 Jahre festgelegt. **Hans-Heinrich Heusser** betonte im Rat, dass in diesem Kapitel vor allem die Deponiestandorte interessieren. Jedoch werden in diesem Kapitel auch Aussagen zu den Kehrichtverbrennungsanlagen, den Anlagen zum Rezyklieren von Abfällen aller Art, sowie zu Anlagen zur Behandlung von organischen Abfällen, wie z.B. die Biogasanlagen gemacht. Bei den Deponiestandorten stellte sich für die SVP schon früh die Frage, ob wir anerkennen wollen, dass wir im Kanton Zürich Deponiestandorte bezeichnen müssen und dazu politisch unseren Teil beizutragen bereit sind. Kurzfristig und parteipolitisch gedacht hätten wir möglichst viele Standorte bekämpfen müssen und hätten das Thema bei jedem Richtpanstandort tüchtig anheizen müssen mit Mahnwachen, Medienauftritten, Unterschriftensammlungen, Demonstrationen vor dem Rathaus und allem was dazu gehört. Aber die SVP habe sich schon früh für den unbequemen Weg entschieden. Wir nehmen uns in die Verantwortung und tragen zu Lösungen und nicht zur Verhinderung der Lösungsansätze bei. Durch die Tatsache, dass für die nächsten 30 bis 40 Jahre von den heute vorgeschlagenen Standorten lediglich ein Drittel realisiert werden muss, ist gewährleistet, dass es zu keinen Enteignungen kommen werde. Die Verhinderung von Enteignung ist ein erklärtes Ziel der SVP. Zudem sei klar, dass keine Deponie in Angriff genommen werde, ohne dass ein Bedarfsnachweis erbracht sei.

Zum Schluss rief der diplomierte Landwirt auf, eine Deponie einmal vor Ort zu besuchen, denn eine Deponie sei keine stinkende und brennende Müllhalde.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… der Teilrevision des kantonalen Richtplans (Kapitel Landschaft: Gewässer, Gefahren; Kapitel Ver- und Entsorgung) zugestimmt. ☺

23./24.11.09

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Richtplanung: Problemlöser versus St. Florian

HANS-H. HEUSSER,
KANTONSRAT SVP,
SEEGRÄBEN

Gemäss Raumplanungsgesetz haben die Kantone die raumrelevanten Entwicklungen wie die von Siedlungen, Verkehrsführung, Landschaftsgestaltung, Versorgung und Entsorgung mit der Richtplanung zu steuern. Die Behandlung von Richtplänen zählt jeweils zu den spannendsten Themen, die es im Kantonsrat zu behandeln gibt.

Meistens werden diese Themen sehr kontrovers und emotional diskutiert. Das war auch an den vier Sitzungen des Kantonsrates vom 23. und 24. November nicht anders. Während nahezu zwölf Stunden wurde über den Richtplan Versorgung und Entsorgung beraten.

Die SVP stand bei ihrem Kampf für Fruchtfolgeflächen alleine da

Mit einbezogen in dieser Revision ist auch ein Kapitel zum Thema Gewässer. Darin wird eine massive Ausweitung der Ökoflächen entlang von Gewässern vorgesehen. So wird beispielsweise bei einem zwei Meter breiten Bach ein beidseitiger Ökostreifen von je acht Metern vorgesehen, was eine Gesamtbreite von 18 Metern ergibt. Zusätzlich soll die Ausdolung von in Röhren gefassten Gewässern gefördert werden. Die SVP stellte zu diesen beiden Vorhaben den Antrag, dass dafür keine Fruchtfolgeflächen geopfert werden dürfen. Ausser der EDU stellten sich aber alle anderen Parteien gegen den Schutz dieser ackerfähigen Flächen.

Die emotionalsten Themen waren die Festlegung von Standorten für die Materialgewinnung (Kiesgruben) und von Deponien für Reststoffe und Inertstoffe (z.B. Aushub, mit Betonbrocken, Tonteilen usw. durchsetzt). In beiden Fällen konnte festgeschrieben werden, dass die Flächen anschliessend vollständig wiederhergestellt werden müssen. Die SVP begrüsste ausdrücklich, dass wenigstens nicht alle der neuen Standorte auf Fruchtfolgeflächen zu liegen kamen.

Sankt Florian begehrte Einlass in das Rathaus

Weil sich die vorgeschlagenen Kiesgruben-Standorte aus geologischen Gründen vorwiegend im Norden unseres Kantons befinden, zeigt sich dort auch eine Massierung der entsprechenden Festlegungen. Die SVP unterstützte aber ausdrücklich, dass auch dezentral Kies abgebaut werden kann, also in den Verbrauchergebieten. Die Gewinnung von Kies möglichst nahe dort, wo es auch gebraucht wird, ist die einzige wirksame und die günstigste Umweltschutzmassnahme und ist jedem zwangsweisen Bahntransport oder irgendwelchen theoretischen Verkehrslenkungsmodellen meilenweit überlegen.

Bei der Festlegung der Deponiestandorte stellte sich für die SVP die Frage, ob möglichst alle Standorte abgelehnt werden sollten, um in den entsprechenden Regionen möglichst billig zu vielen Sympathien zu kommen. Die SVP entschied aber schon früh, zur Lösung des Deponieproblems beizutragen und nicht die möglichen Lösungen zu verhindern.

Mit der Festlegung von mehr Standorten, als in den nächsten 40 Jahren je gebraucht werden, ist garantiert, dass es zu keinen Enteignungen kommen wird. Ohne «deponiewillige» Grundeigentümer wird es keine Deponie geben. Zudem konnte festgesetzt werden, dass in keiner Region mehr als eine Deponie pro Kategorie gleichzeitig in Betrieb ist. Damit wird wirksam verhindert, dass eine Region zum «Abfallkübel» des Kantons werden kann. Es ist sicher legitim, dass sich die Kantonsräte für ihre eigene Region einsetzen. Was jedoch einzelne Kantonsräte anderer Parteien zwecks Verhinderung von Festlegungen von Deponiestandorten in der eigenen Region argumentierten, war teilweise an Peinlichkeit schlichtweg nicht mehr zu überbieten und kann nur noch als übelste St.-Florians-Politik bezeichnet werden.

Für die SVP zahlte es sich aus, dass sie zu dieser Vorlage schon früh eine spezielle Fraktionssitzung durchführte und sich sehr vertieft mit der ganzen Vorlage auseinandersetzte. Die SVP konnte sich dank ihrer seriösen Vorbereitung denn auch weitestgehend durchsetzen.

ERKLÄRUNG DER SVP-KANTONSRATSFRAKTION VOM 23. NOVEMBER 2009

Keine Politik durch kantonale Angestellte

zac. Dass unsere Verwaltung immer wieder der Versuchung erliegt, selber zu politisieren und in eigener Sache zu lobbyieren, anstatt die Beschlüsse dieses Hauses – gemäss unserer Verfassung – umzusetzen, ist zwar nachvollziehbar, deswegen aber nicht weniger ärgerlich.

Es ist dem Regierungsrat zu attestieren, dass er in der Vergangenheit jeweils für Ordnung sorgte, wenn beispielsweise Polizisten in Uniform und in Streifenwagen an Demonstrationen teilnahmen. Auch dem Direktor der Strafanstalt Pöschwies wurde umgehend die Rechtslage in Erinnerung gerufen, nachdem er in einem Brief an seine Untergebenen dazu aufgerufen hatte, nicht SVP zu wählen, weil diese sparen wolle.

Offensichtlich haben Machtworte unserer Regierung in dieser Verwaltung jedoch nur eine kurze Halbwertzeit. Nur so ist es zu erklären, dass die Präsidentin der Gleichstellungskommission, Frau Dr. Sabina Littmann-Wernli, in einer Unverfrorenheit, die Ihresgleichen sucht, dieses Parlament von seinem Vorhaben abzubringen versucht, Steuergeld vernünftig und zweckmässig einzusetzen. Auf die intellektuelle Dürftigkeit und Fragwürdigkeit ihrer Argumentation braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden. Dass die Präsidentin der Gleichstellungskommission ganz offensichtlich nicht zwischen Gleichstellung und Gleichmacherei zu unterscheiden vermag, bestärkt uns allerdings in der Ansicht, dass an der beantragten Budgetkürzung festzuhalten ist.

Auch der kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen scheint ihre Funktion nicht ganz klar zu sein. Als wäre sie Parteisekretärin, die einen Abstimmungskampf erfolgreich zu bestehen hat, verschickt Frau Julia Morais – während ihrer Arbeitszeit und unter Verwendung der ihr vom Steuerzahler zur Verfügung gestellten Infrastruktur – E-Mails, in deren Abbinder dazu aufgerufen wird, die Minarett-Initiative abzulehnen. Wie soll jemand, der sich so exponiert, einen Entscheid des Souveräns umsetzen, gegen den er zuvor öffentlich aufgetreten ist?

Wir ersuchen den Regierungsrat eindringlich, seiner Führungsaufgabe nachzukommen und für Ordnung zu sorgen. Auch dem letzten Verwaltungsangestellten ist klar zu machen, dass er in seiner Funktion und während seiner Arbeitszeit keine Politik zu machen hat. Wer sich damit nicht abfinden kann, dem steht es frei, sich einen anderen Arbeitgeber zu suchen.

*

Es wurde noch die Frage aufgeworfen, was es mit diesen Karten auf sich hat, die wir heute Nachmittag auf unseren Pulten vorgefunden haben. Der Handschrift nach – und nur der Handschrift nach – zu urteilen, stammen Sie nicht aus der Verwaltung. Hier ist also nicht der Regierungsrat gefordert, sondern unsere Ratspräsidentin. Sie soll bitte in Zukunft dafür sorgen, dass dieser Rat von anonymen Schriften verschont bleibt.

Autohaus Rietliau AG
...die Zuverlässigen

Samstag, 5. Dezember um 12 Uhr
spricht Nationalrätin Natalie Rickli

New Opel Astra Präsentation

Freitag 4. Dezember 18.00 - 22.00 Uhr mit DJ Chris Menoro für Junggebliebene
Samstag 5. Dezember 9.00 - 16.00 Uhr
Sonntag 6. Dezember 9.00 - 16.00 Uhr (um 13 Uhr kommt der Samichlaus)

An allen 3 Tagen verwöhnen wir Sie mit frischen Güggeli vom Grill

Wädenswil, Alte Landstrasse 4
www.rietliau.ch

EIN SVP-MITGLIED STELLT SICH VOR

Judith Haggenmacher

Alter: *29 Jahre*
Beruf: *Briefträgerin*
Gemeinde: *Meilen*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?

Ich war schon immer SVP-orientiert, aber ich hatte mir lange Zeit keine Gedanken über einen Parteibeitritt gemacht. Häufig war ich über gewisse Dinge genervt und wollte mitreden können. Ende des Jahres 2005 sagte mein Vater zu mir, ich soll doch auch der SVP beitreten und Anfang 2006 folgte ich seinem Rat. Ich fühle mich sehr gut aufgehoben und vertrete die Meinungen der SVP stark.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?

Im Jahre 2006 bin ich in die Einbürgerungsbehörde gewählt worden. Es ist mir sehr wichtig, dass die Einbürgerungswilligen gründlich geprüft werden. Da ich seit 29 Jahren in Meilen lebe, kenne ich sehr viele Leute aus meinem Dorf und das ist wichtig, um ein solches Amt gut und gründlich auszuüben. Zudem bin ich seit einigen Jahren als einzige Frau im Vorstand der SVP Meilen.

Was wünschen Sie sich für die Schweiz?

Es wäre sehr schön, wenn es weniger Kriminalität geben würde. Es ist nicht immer einfach, in der Dunkelheit auf die Strasse zu gehen ohne Angst zu haben.

Auch ist es wichtig, dass wir eigenständig bleiben und keinen EU-Beitritt wollen.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?

Sämtliche Politiker, die sich für die Schweiz einsetzen und hinter ihren Worten stehen. Wir brauchen eine Regierung, die die Schweiz würdig vertritt und nicht mit Kopftüchern andere Länder besucht.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?

Ich werde mich weiterhin politisch engagieren und eventuell im Jahre 2010 für ein Gemeindeamt kandidieren. Es liegt mir viel daran, dass die SVP in allen Behörden gut vertreten ist und die Sitze in allen Bereichen beibehalten oder noch besser vermehrt werden.

Dieselöl Benzin
HEIZ ÖL HAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Schlussspurt für Ernst Stocker

Der Schlussspurt für die Regierungsratswahlen läuft auf Hochtouren. 10 Tage vor dem Wahlsonntag führten die FDP und SVP Küsnacht ein Podium mit Ernst Stocker durch. Neben dem Regierungsratskandidaten referierten Kantonsrätin Katharina Kull-Benz, die Küsnachter FDP-Gemeinderätin Ursula Gross Leemann und der Präsident des Bezirksgewerbeverbandes Ueli Schlumpf.

Themen waren die Finanz- und Steuerpolitik sowie die Bildungspolitik. Auch die erhöhte Gewaltbereitschaft und die zunehmende Kriminalität unter Jugendlichen kamen zur Sprache. Daneben war vor allem die Verkehrspolitik ein wichtiges Thema: Das rechte Zürichsee-Ufer leidet massiv unter der verfehlten Verkehrspolitik der Stadt Zürich. Parkplatzprobleme in der Innenstadt, verstopfte Einfahrtsachsen und Staus an der Seestrasse behindern den motorisierten Individualverkehr. Darunter leiden nicht zuletzt Gewerbebetriebe und KMU.

Beim anschliessenden Apéro konnten die Teilnehmer Ernst Stocker persönlich kennenlernen und sich von den Qualitäten des SVP-Regierungsratskandidaten überzeugen.

V.l.n.r.: Ernst Stocker, Ursula Gross Leemann, Katharina Kull-Benz, Ueli Schlumpf, Christoph Romer

LESERBRIEF

Verletzter Glauben

Kruzifixe müssen aus unseren Klassenzimmern entfernt werden, weil sich die Muslime in ihrem Glauben verletzt fühlen. Unsere Kinder dürfen keine T-Shirts mehr mit dem Schweizerkreuz tragen, wenn sie zur Schule gehen,weil sich die Muslime in ihrem Glauben verletzt fühlen. Schulweihnachten soll abgeschafft werden, weil sich die Muslime in ihrem Glauben verletzt fühlen. Dass aber der Bau von Minaretten uns Christen im Glauben verletzen könnte, interessiert offensichtlich niemanden. Auf dem Schweizerpass ist auch ein Schweizerkreuz, aber da fühlt sich keiner verletzt in seinem Glauben, wenn er ihn annimmt. Ob wohl das Schweizerkreuz das nächste ist, was wir abschaffen müssen, weil sich eine gewisse Glaubensrichtung verletzt fühlen könnte?

Maja Alder, Küsnacht

Abonnieren Sie gratis unseren
Newsletter
unter
www.svp-zuerich.ch

SVP-FRAKTION BESCHLIESST MOTION

Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU

Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung vom 24. November 2009 einen Vorstoss zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU und die Aufnahme von Neuverhandlungen beschlossen.

ZB. Die Fraktion hat einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen, eine Motion zu formulieren, welche den Bundesrat beauftragt, das Freizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union zu kündigen und Neuverhandlungen aufzunehmen. Dabei sollen von der Schweiz insbesondere eine längere Aufenthaltsdauer vor der Berechtigung zum Bezug von Sozialversicherungsleistungen, eine längere Aufenthaltsdauer vor dem Familiennachzug sowie mehr eigenständige Handlungsfreiheit in Einwanderungs- und Ausländerfragen verlangt werden. Zudem ist in der Umsetzungsgesetzgebung dafür zu sorgen, dass die Personenfreizügigkeit nicht durch Gerichtsentscheide auf aussereuropäische Staaten ausgedehnt werden kann. Die SVP verlangt im Weiteren eine dringliche Debatte des Parlaments zur Personenfreizügigkeit und zur Zuwanderungspolitik.

elkura® ag
seit 1963
LÄRM ZUG KÄLTE still dicht warm
8134 Adliswil, Fabrikhof 5 Tel. 01 / 710 95 86 Fax 01 / 710 95 82
7000 Chur Tel. 081 / 253 35 25 Fax 081 / 253 36 04
www.elkura-ag.ch info@elkura-ag.ch
Haben Sie Probleme mit Ihren Fenstern?
EURO Gebrauchsmusterschutz Nr. G 90 12 392.1
Bestehende Doppelverglasungsfenster umbauen auf 2- oder 3fach-Isolierverglasung bis 1,1 W/m² sowie Schalldämmung bis ca. 40 dB.
Besonders vorteilhaft bei gleichzeitiger ALU-Verkleidung der äusseren Flügelseite. Systeme auch verwendbar zum Umrüsten bereits bestehender Isolierverglasungsfenster.
Im weiteren liefern und montieren wir Ihnen auch neue Fenster in Kunststoff, Holz, Metall oder Holz/Metall kombiniert – auch im jahrelang bewährten ELKURA-Fertig-Einbausystem (ohne Herausreissen der alten Rahmen).
Sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Fenster- und Türabdichtung.
Profitieren Sie von unserer Entwicklung und jahrelangen Erfahrung mit diesen Systemen. Lassen Sie sich von uns beraten, unsere Offerte ist kostenlos.
Besuchen Sie uns auch in der Schweizer Baumuster-Centrale Zürich
FENSTER FABRIK ADLISWIL

reise·forum meilen ag
das persönliche reisebüro
Reise-Forum Meilen AG
Kirchgasse 53 · CH-8706 Meilen/Schweiz
Telefon 044 925 21 51
Telefax 044 923 11 33
e-mail: info@reiseforum.ch
Inhaber: Reto Tobler
Präsident SVP Herrliberg
Ein eigenes Produkt von uns sind Fischerreisen weltweit! Siehe www.fishermen-travel-club.ch.
Rufen Sie uns an und bestellen Sie den Katalog.
lokal verwurzelt – weltweit aktiv
Wir sind Mitglied: Schweizerischer Reiseverband IATA REISEGARANTIE garantiert hin und zurück

www.blog.zanetti.ch

LÄRM ZUG KÄLTE still dicht warm
seit 1963
elkura® ag
FENSTER FABRIK ADLISWIL
Fachbetrieb für Fenster, Schall- und Isoliertechnik
8134 Adliswil, Fabrikhof 5 Tel. 01 / 710 95 86 Fax 01 / 710 95 82 www.elkura-ag.ch
7000 Chur Tel. 081 / 253 35 25 Fax 081 / 253 36 04 info@elkura-ag.ch
Haben Sie Probleme mit Ihren Fenstern?
Es müssen nicht immer neue Fenster sein - Ökologie und Ökonomie zugleich.
EURO Gebrauchsmusterschutz Nr. G 90 12 392.1
Besuchen Sie uns auch in der Schweizer Baumuster-Centrale Zürich

Studien bestätigen jetzt:
85% aller Krankheiten
sind auf einen **ungesunden Schlafplatz** zurückzuführen!
Jetzt Schlafplatz testen lassen
Abklärung und Sanierung durch:
Geo-Klimatik, Tel. 044 821 33 15
30 Jahre Erfahrung / Garantie

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
Gewerbe Bau
Industrie Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
Tel. 055 251 41 41 info@mrzo.ch
MR Maschinenring

USTERTAG

Jugend und Ustertag – Kampf um Eigenverantwortung, Freiheit und Gleichberechtigung

Die Vorrednerin am Ustertag vom 22. November 2009 und Vizepräsidentin JSVP des Kantons Zürich, Anita Borer, führt in ihrem viel beachteten Referat die politischen Hintergründe des Ustertags aus. Borer leuchtet insbesondere die gewichtige Rolle der Jugend dazumal sowie heute aus und stellt die unveränderte Aktualität des Kampfs um Eigenverantwortung, Freiheit und Gleichberechtigung fest.

ANITA BORER
VIZEPRÄSIDENTIN
JSVP KT. ZÜRICH

Wir gedenken eines Ereignisses, welches vor genau 179 Jahren, also am 22. November 1830, stattgefunden hat.

Alle Jahre versammeln wir uns in der Kirche und feiern den Ustertag. Was aber geschah am 22. November 1830 so Gewichtiges, dass es heute noch Bestand hat und wir uns jährlich im Rahmen dieses feierlichen Aktes daran erinnern?

Ich möchte Ihnen die Geschichte des Ustertags erzählen, aber gleichzeitig auch die Verbindung dieses Ereignisses zur heutigen Situation herstellen. Die Parallelen zwischen der politischen Situation vor 1830 und heutigen Ereignissen sind verblüffend. Ihnen diese Parallelen als Vertreterin der jungen Generation aufzuzeigen, ist mir ein Anliegen.

Ereignis Ustertag, 22. November 1830

Stellen Sie sich die Situation vor: Es war der 22. November 1830, ein schöner Herbstmorgen. 10 000 Zürcher Kantonsbewohner trafen auf dem Zimikerhügel in Uster zusammen. Verschiedene Altersklassen, Stände sowie Berufe waren unter den Massen auszumachen. Man sah den Versammelten an, dass ein grosses Anliegen sie nach Uster getrieben hatte. Nach der Eröffnung der Versammlung durch drei Redner, debattierten die Anwesenden heftig, liessen ihrem grossen Unmut über die damalige politische Situation freien Lauf und forderten mehr Mitbestimmungsrechte, mehr Freiheit und Gleichberechtigung. Die aufgebrachten Bürgerinnen und Bürger legten mit ihrer Diskussion und ihren Forderungen den Grundstein für eine neue liberale und gerechtere Verfassung.

Vorgeschichte des Ustertags

Nun, wie war es möglich, dass eine so grosse Menschenmenge am 22. November 1830 zusammenfand? Was hat die Leute verschiedenster Schichten und Altersklassen damals bewegt?

1830 war ein ereignisreiches Jahr. Im Juli 1830 wurde der französische König von liberal gesinnten Bürgern gestürzt. Die Bevölkerung wollte eine Verfassung, die Ihnen mehr Rechte und Freiheiten garantierte. Diese liberale Revolutionsbewegung schlug europaweit Wellen.

Auch im Kanton Zürich hinterliess die Revolution ihre Spuren. Vor allem in den Seegemeinden wurden Stimmen laut, welche die Frage aufwarfen, ob nicht das Volk von unten her eine Umgestaltung fordern müsse. Die gebildete Jugend von damals sprach von einer aristokratischen, väterlichen Regierung, welche willkürlich handle und wollte sich das nicht länger bieten lassen. Die Ruhe nach der Verfassungsrevision von 1814 war trügerisch, denn die Landbevölkerung war politisch stark benachteiligt: 130 der 212 Grossräte stammten aus der Stadt Zürich. Im Grossen Rat hatten damit doppelt so viele städtische Vertreter Einsitz wie Vertreter der Landgemeinden, obwohl die Bevölkerungszahl auf dem Land um ein Vielfaches grösser war.

Die Bedürfnisse der Landbevölkerung waren dem Grossen Rat zwar bekannt, aber sie wurden nicht ernst genommen. Bald war auch klar, dass die am 1. November auf öffentlichen Druck eingesetzte Verfassungskommission des Grossen Rates sich nur widerwillig an die Arbeit machte und völlig unzureichende Reformvorschläge diskutierte.

So trafen sich über hundert Männer aus verschiedenen Regionen des Kantons Zürich und beschlossen, am 22. November 1830 eine Volksversammlung abzuhalten. Als Tagungsort für diese «Landsgemeinde» wählte man Uster. Die Nachricht, dass eine Volksversammlung stattfinden sollte, verbreitete sich schnell. Am späten Herbstmorgen des 22. November 1830 trafen grosse Mengen von Leuten zu Fuss, zu Pferde oder mit Wagen in Uster ein. Bald war offensichtlich, dass die Kirche, die man als Tagungsort ausgewählt hatte, die grosse Menschenmasse nicht unterzubringen vermochte. Kurzerhand entschieden die Ordnungsoffiziere, den Tagungsort auf den Zimikerberg zu verschieben. 10 000 Bürger jeden Alters waren zusammengekommen; und alle waren sie mit der Politik der Stadtliberalen unzufrieden.

Der 29-jährige Heinrich Gujer, ein Jungunternehmer, Dr. Johannes Hegetschweiler und Johann Jakob Steffan trugen ein voraus verfasstes Memorial mit 15 Beschwerdepunkten vor. Ebenso sprachen sie über wahre Freiheit, Souveränität und Eigenverantwortung, gleiche Rechte für alle, die Wichtigkeit einer neuen Verfassung und materielle Erleichterungen. Die Versammelten brachten zudem ihre Beschwerden und Wünsche an.

Nach langer und gründlicher Diskussion wurde dem Memorial in einer offenen Abstimmung zugestimmt. Die Teilnehmer hatten anschliessend die Möglichkeit, zum Einverständnis die Petition zu unterschreiben.

Am 24. November wurde das Memorial der Regierung überreicht. Die Regierung kapitulierte, das Parlament löste sich auf und bereits am 14. Dezember wurde ein neuer Kantonsrat nach gerechten demokratischen Regeln gewählt. In wenigen Wochen entwarf die zuständige Grossratskommission eine neue Kantonsverfassung, welche vom Grossen Rat in der kurzen Zeit vom 16. Februar bis zum 10. März beraten wurde.

Am 23. März 1831 wurde die neue Verfassung schliesslich mit einer überwältigenden Mehrheit von 40 500 gegen 1700 Stimmen angenommen.

Die Jugend und der Ustertag

Noch heute gelten die Hauptpunkte der liberalen Verfassung von 1830 für den Kanton Zürich: Eigenverantwortung, Freiheit und Gleichberechtigung.

- **Eigenverantwortung:** Die neue Kantonsverfassung organisierte den Kanton Zürich als repräsentative Demokratie, die ausdrücklich auf der Souveränität des Volkes beruhte. Mit den neuen Mitbestimmungsrechten erwachte das Volk aus der Apathie und dem Desinteresse. Ein neues Selbstgefühl und eigener Mitbestimmungswille entstand.
- **Freiheit:** Die neue Kantonsverfassung von 1831 war endlich wirklich liberal. Wichtige Grund- und Freiheitsrechte wie die Glaubensfreiheit, die Persönliche Freiheit, die Pressefreiheit sowie die Handels- und Gewerbefreiheit waren garantiert. Die Körperstrafen wurden abgeschafft.
- **Gleichberechtigung:** Endlich war die Zürcher Landschaft in fairem Verhältnis zur Stadt in Regierung und Parlament vertreten. Sodann wurde auch die Gewaltenteilung verwirklicht, indem die richterliche Gewalt von der administrativen getrennt wurde.

Die Jugend war massgeblich an diesen Errungenschaften der neuen liberalen und demokratischen Ordnung im Kanton Zürich beteiligt. Wie wir den Chroniken entnehmen können, bestimmte damals die Stadtzürcher Aristokratie «väterlich» und «fürsorglich» das Geschehen im Kanton. In Zürich, ich zitiere, «geisselte die gebildete Jugend die unwissenschaftliche und altmodische Staatsführung ihrer Väter». Sie bezeichnete dieses patriarchalische Regime als «Willkürherrschaft».

Die Jugend war 1830 mit diesem obrigkeitlichen Regime nicht einverstanden und hatte den Mut, sich aktiv dagegen zu wehren. Dieser Mut wurde belohnt – die Jugend war damals noch dementsprechend gebührend an den Ustertags-Versammlungen vertreten.

- Am 22. November 1830 sprach als erster Redner auf dem Zimikerhügel der 29-jährige Jungunternehmer Heinrich Gujer.
- Am Ustertag 1836 machte der 24 Jahre junge Heinrich Homberger mit seinen politischen Forderungen auf sich aufmerksam. Er wurde ein paar Jahre später zum Nationalrat gewählt.
- 1955 ging man sogar weiter und organisierte einen Ustertag der Jugend. 800 Buben und Mädchen erschienen zur Zusatzfeier.

Der Jugend wurde damals offenbar eine wichtige Rolle an der Ustertagsfeier zuerkannt. Leider war diese Einschätzung in den Folgejahren immer wieder umstritten.

1987, also vor erst 22 Jahren, stellte sich das Ustertagskomitee kritisch gegenüber einer Einladung von je einer Mittel- und Gewerbeschulklasse an die Nachfeier. Die Jugend «würde sich nur über die Selbstdarstellung der bestandenen bürgerlichen Klasse amüsieren», so ein Zitat des Komitees. Und der Anzeiger von damals befand, dass die Referate in der Kirche für die Jugend zu kompliziert wären.

Für mich ist dies ganz klar ein Rückschritt im Verlaufe der Geschichte des Ustertags. Wenn die Referate für die Jugend zu kompliziert sind, dann müssen wir sie einfacher machen. Dann müssen wir unsere Gedanken so formulieren, dass alle sie verstehen können. Dies nämlich war ein ganz wichtiger Punkt am Ustertag von 1830: Alle Bürger sollten in die Politik mit einbezogen werden. Stadt und Land, Jung und Alt.

Die Jugend heute

1830 setzte sich die Jugend für moderne und liberale Werte wie Gleichberechtigung, Eigenverantwortung und Freiheit ein. Dies mit gutem Grund: Wenn wir die Gesetze im alten Zürich ansehen, erschrecken wir. Am schlimmsten waren die Zustände im 16. und 17. Jahrhundert, als der Rat immer wieder sogenannte Sittenmandate erlassen hat.

Ab 1640 wurde zum Beispiel das Hochzeitsmenu staatlich vorgeschrieben. Der Rat verordnete, was an Hochzeiten gegessen werden durfte, wie viele Gänge serviert und wie viele Gäste höchstens eingeladen werden durften. Bis ins 18. Jahrhundert bestanden Regelungen gegen kandierte und verzuckerte Speisen. Der Zürcher Rat erliess 1650 ein Konsumverbot für Alkohol ab 19.00 Uhr. Zudem herrschte ein Ausgangsverbot – Kinder und Jugendliche durften abends ab 19 Uhr nicht mehr auf die Strasse.

All diese Gesetze wurden wieder aufgehoben, weil es Proteste aus der Bevölkerung gab und die Gesetze nicht durchgesetzt werden konnten. Und wie ist es heute?

Nehmen wir die Regelungen gegen verzuckerte Speisen aus dem 18. Jahrhundert: Das Bundesamt für Gesundheit beabsichtigt heute die Einführung eines neuen Präventionsgesetzes, welches auch Ernährungsvorschriften vorsieht. So verpflichteten sich kürzlich Lebensmittel-Grossverteiler dazu, den Kochsalzgehalt in Broten und den Zucker in Früchtequarks zu reduzieren.

Betrachten wir das Konsumverbot für Alkohol ab 19 Uhr: Auch heute gibt es wieder ein nationales Programm Alkohol und politische Bestrebungen, den Verkauf von alkoholischen Getränken nach 21 Uhr zu verbieten.

Oder nehmen Sie das Ausgangsverbot für Jugendliche: Im sanktgallischen Gossau, im Bezirk Zurzach, im freiburgischen Kerzers oder auch in mehreren Berner Gemeinden gibt es bereits wieder solche Ausgangsverbote.

Auch heute sind die Prinzipien der Freiheit, Eigenverantwortung und Gleichberechtigung, wie sie 1830 erkämpft wurden, ein Anliegen der Jugend. Wir Jungen wollen auch heute keinen «väterlich und fürsorglich bestimmenden» Staat.

Und genau dies ist die Aufgabe der Ustertages – die Aufgabe dieses heutigen Gedenkanlasses:

- Seien wir uns der Anliegen bewusst, für welche die Jugend 1830 gekämpft hat.
- Führen wir uns diese Anliegen am Ustertag immer wieder vor Augen.
- Und für die Politiker: Überlegen Sie sich bei jedem neu geplanten Gesetz, ob es wirklich nötig ist.

Die kritischen, aber zukunftsgerichteten Ansichten der Jungen müssen wieder mehr mit einbezogen werden. Deshalb ist der Dialog zwischen den Generationen auch für die Zukunft des Ustertages enorm wichtig. Die Tradition des Ustertages kann nur aufrechterhalten werden, wenn sie von Generation zu Generation weitergegeben werden kann.

Und so freue ich mich, dass mir das Ustertagskomitee die Chance bietet, zu sprechen. Knüpfen wir an den Ustertag von 1955 an und leben den Ustertag der Jugend ab heute wirklich.

Ustertag – Jung SVP-Politikerin Anita Borer brillierte

STEFANIE FRITSCHI
JSVP KANTON ZÜRICH

Der revolutionäre Geist des Ustertags lebt. Auch dieses Jahr kamen rund 1000 Personen zusammen, in Erinnerung an den 22. November 1830. Damals strömten zirka 10 000 Bürger aus den verschiedensten Regionen des Kantons Zürich auf den Ustermer Zimikerhügel, um auf friedliche Weise gegen die Bevormundung der Landschaft durch die Stadt Zürich zu protestieren.

Diese Freiheit muss auch heute verteidigt werden, wie Anita Borer, die Vizepräsidentin der Jungen SVP des Kantons Zürich, in der Vorrede zur Gastrednerin Bundesrätin Doris Leuthard sagte. Anita Borer sprach über die Jugend und betonte, wie ausschlaggebend die Jugend am 22. November 1830 war. Denn die Jugend war es vor allem, die am Ustertag von 1830 den Mut hatte, sich gegen das patriarchalische und bevormundende Regime von Zürich zu wehren. Das Publikum hörte gespannt und aufmerksam zu, während Anita Borer Vergleiche zwischen der damaligen und heutigen Zeit darstellte. Damals wollte die Jugend Eigenverantwortung, Freiheit und Gleichberechtigung, Werte, die gemäss der Rednerin heute immer mehr verloren gehen und für die es sich zu kämpfen lohnt. Anita Borer erntete für ihre Ausführungen einen grossen und verdienten Applaus. Sie meisterte diese nicht ganz einfache Aufgabe der Ustertags-Vorrede mit Bravour.

Einladung zum öffentlichen Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009
14.30 – 17.00 Uhr

Ort Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Pavillon, 8038 Zürich – Wollishofen.

Erreichbar mit dem **VBZ Bus 33** ab Waffenplatzstrasse oder Morgental
oder mit **VBZ Bus 66** ab Haltestelle Sihlstrasse am Pelikanplatz
beide bis Haltestelle Thujastrasse, von dort zu Fuss auf dem Weg bei Haus Nr. 70 (Wegweiser)
oder ab **Hauptbahnhof mit der Sihltalbahn S4** bis Haltestelle Brunau, von dort die Treppe hoch und schon sind Sie da.

Zeit Donnerstag, 3. Dezember 2009, 14.30 – 17.00 Uhr

Programm Die beiden Stadtratskandidaten der SVP Stadt Zürich

Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel

stellen sich vor und erklären uns, wie sie sich im Stadtrat für die Anliegen der Generation 60+ einsetzen würden.

Anschliessend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und einem Stück Torte.

Liebe Mitglieder und Freunde des Vereins für aktive Senioren

Der Vorstand freut sich, Ihnen in diesem Jahr einen weiteren geselligen Anlass anbieten zu können und hofft natürlich auf einen regen Besuch.
Nehmen Sie Ihre Freunde und Bekannten ebenfalls zum Chlaushöck mit.

Mit freundlichen Grüssen Der Vorstand

Vorschau: Im Jahr 2010 findet aus bekanntem Grund kein Preisjassen statt.

Fadegrad

Gemeinnütziger Wohnungsbau?

VON ROLF A. SIEGENTHALER

In Zürich gibt es zu wenig Wohnraum. Unser Stadtrat will reagieren: «Ein Kernelement der stadträtlichen Politik ist das Halten beziehungsweise der Ausbau des Anteils an gemeinnützigen Wohnungen.» So sagt es Stadtpräsidentin Corine Mauch in einem Tagi-Interview. Mit anderen Worten: Der Stadtrat greift in die Kiste des Klassenkampfes. Schon heute ist jede vierte Wohnung in Zürich gemeinnützig – wird also von der Allgemeinheit subventioniert. Am schlimmsten sind die städtischen Wohnungen, aber das hatten wir ja schon. Darüber hinaus, hat die Stadt ihren Liegenschaftenanteil sogar noch erhöht. Ein besonderes Thema scheint bei den Klassenkämpfern das Seefeld geworden zu sein. Kürzlich wurde, ebenfalls im Tagi, von einem altgedienten SP-Mitglied erzählt, dass er sein ererbtes Wohnhaus für gutes Geld verkauft hat. Die Aussagen des Mannes waren aufschlussreich. Er meinte beispielsweise, er habe aus Gutmütigkeit und Nachlässigkeit den Fehler gemacht, nicht jede Gelegenheit wahrgenommen zu haben, die Mieten zu erhöhen. Als er gemerkt habe, dass die Unterhaltskosten durch die Mieten nicht mehr gedeckt wurden, sei es zu spät gewesen. Er konnte die Mieten nicht mehr auf das nötige Mass erhöhen, weil das Mietergesetz dies verhindert. Damit legt er den Finger auf einen besonders wunden Punkt. Unsere Gesetze zwingen auch den gutmütigen Vermieter, zur konsequenten Erhöhung der Mietzinse. Wenn jetzt auch noch die alte Formularpflicht wieder eingeführt werden soll, damit der Mietzins nicht einmal bei einem Mieterwechsel erhöht werden kann, wird diese Entwicklung noch verschärft. Die Mieter müssen sich darüber im Klaren sein, dass es die Gesetze sind, die sie eigentlich schützen sollten, welche die Vermieter zu Gnadenlosigkeit zwingen. Jeder Vermieter, der seine künftigen Mieter nicht genauestens überprüft, ist selber schuld. Die Selektion wird umso schärfer, je mehr Leute sich auf eine freie Wohnung melden. Wenn nämlich ein Mieter mal drin ist, kann man ihn fast nicht mehr loswerden. In Deutschland gibt es die unerfreuliche Gattung der «Mietnomaden». Geschützt von absurden Gesetzen nisten sie sich in einer Wohnung ein – und zahlen keine Miete. Nach langwierigen Gerichtsverhandlungen auf Kosten des Vermieters, werden die Schmarotzer nach Jahren aus der meistens zerstörten Wohnung gewiesen. In Zürich haben wir bald gleiche Verhältnisse, wenn wir die Entwicklung nicht aufhalten. Dazu müssen sich die Mieter aber bewusst werden, dass sie mit den Vermietern im gleichen Boot sitzen. Der Hausbesitzer trägt das unternehmerische Risiko. Er schafft auf seine Kosten Wohnraum für andere. Wohnraum ist auch dann nicht gratis, wenn ihn die Stadt zahlt. Billige Wohnungen sind gar nicht billig. Sie werden nur von denen bezahlt, die nicht darin wohnen, aber Steuern und teure Mieten bezahlen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

DOPPELSITZUNG DES GEMEINDERATS DER STADT ZÜRICH VOM 25.11.09

Roter Filzteppich für den neuen Leiter der Parlamentsdienste

DANIEL REGLI
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 11

Gerade mal zwei Geschäfte verabschiedete der Rat in seiner ersten Sitzung vor dem Nachtessen. Das brisantere der beiden Traktanden hatte aufgrund einer Medienmitteilung der SVP-Fraktion in der Tagespresse bereits Wellen geschlagen. Mit harten Worten hatte die SVP Ende Oktober das Vorgehen des Gemeinderatsbüros bei der bevorstehenden Anstellung der Leiter Parlamentsdienste kritisiert. Ein einziger Kandidat war damals dem Gemeinderat zur Anstellung empfohlen worden: der amtierende SP-Gemeinderat Andreas Amman.

Wer die Vorgeschichte kennt, kann leicht verstehen, dass Fraktionschef **Mauro Tuena** (SVP) die Vetternwirtschaft der SP mit harschen Worten anprangerte. Der vorherige Leiter der Parlamentsdienste, Daniel Reuter (EVP), war von der rot-grünen Dominanz im Büro des Gemeinderates auf sehr unschöne Art aus dem Amt gedrängt worden. Genaueres war nie zu erfahren. Nicht einmal der Gemeinderat wurde darüber aufgeklärt, warum Reuter während der Präsidentschaft von Fiametta Jahreiss (SP) «in gegenseitigem Einvernehmen» den Posten quittiert hatte. Alles wurde strikt unter einer Decke der Geheimhaltung begraben.

Einige Monate nach diesen unschönen Vorgängen zauberte das Ratsbüro dann einen SP-Kandidaten aus dem Hut. 119 Personen hatten sich beworben. Am Schluss warens nur noch zwei, wovon sich einer kurz vor Ziellinie aus dem Rennen verabschiedete.

In der kontroversen Diskussion im Gemeinderat wurden SP und ihre Verbündeten nicht müde in der Beteuerung, dass es sich beim Leiter Parlamentsdienste um eine reine Dienstleistungsfunktion ohne politischen Einfluss handle. Dass mit Daniel Reuter bereits viele Jahre ein kompetenter Dienstleister die Aufgabe wahrgenommen hatte, wurde geflissentlich verschwiegen. Immerhin war Reuter zuvor Generalsekretär der EVP Schweiz gewesen. Offensichtlich muss der Mann dann aber doch in ein politisches Minenfeld geraten sein, was die rot-grün Mächtigen im Ratsbüro dazu verleitete, ihn abzusägen.

In keiner Weise bemängelten SVP- und FDP-Fraktion die berufliche Kompetenz des portierten SP-Kandidaten Ammann. Auf Grund der Vorgeschichte und der strukturellen Mängel sprachen sich die beiden Fraktionen jedoch klar gegen die Anstellung Ammanns aus.

Um den Vorwurf der Vetternwirtschaft zu entkräften, hatte sich die SP-Fraktion öffentlich dafür ausgesprochen, sich bei der Anstellung Ammanns der Stimme zu enthalten. Wer rechnete, konnte aber leicht herausfinden, dass es für eine Anstellung des SP-Manns kaum reichen würde. So wurde das strategische Spielchen «Geheime Abstimmung» durchgesetzt. Nun hatte jedes Mitglied der SP-Fraktion die Möglichkeit, unentdeckt die gross angekündigte Stimmenthaltung zu umgehen. Natürlich funktionierte es. Die SP-Fraktion hat 46 Mitglieder. Nur 39 Personen enthielten sich aber der Stimme. Mit 44 Ja gegen 37 Nein wurde schliesslich doch der rote Filzteppich für den neuen Leiter Parlamentsdienste ausgerollt.

In der zweiten Ratssitzung nach dem Nachtessen gabs wieder einmal Klassenkampf pur. Gegen die Stimmen der «bürgerlichen» Ratshälfte und trotz Ablehnungsantrag des Stadtrates drückte Rot-Grün eine Initiative durch, die von der Stadtverwaltung ein noch stärkeres Engagement beim gemeinnützigen Wohnungsbau verlangt. Um 23.50 Uhr brannten dann die Sicherungen durch. Erst gerade hatte der Ratspräsident die Diskussion eines weiteren Wohnbaugeschäftes mit fünf Vorstössen eröffnet.

Als dann die SP-Votantin an die festgelegte Redezeitbeschränkung von 10 Minuten erinnert wurde, war der Ofen aus. Sie verliess den Saal mit lautem Nachhall, was kurzerhand zum Abbruch der Ratssitzung führte.

Chlaus-Träffe der SVP Zürich 11

Samstag, 5. Dezember 2009, 19.30 Uhr,
Restaurant Unterdorf, Blumenfeldstr. 103, 8046 Zürich

Der Samichlaus und der Schmutzli kommen vorbei. Auch die beiden Stadtrats-Kandidaten sind eingeladen. Wir freuen uns, wenn auch Sie kommen und mit uns feiern.

Anmeldungen an:
SVP Zürich 11, Daniel Regli, Kornamtsweg 8, 8046 Zürich
svp.zh11@bluewin.ch

☐ Ich möchte als Sympathisant der IG Freiheit beitreten und unterstütze die IG Freiheit mit einem jährlichen Betrag von mindestens 20 Franken (PC-Konto 85-518003-6)

IGFreiheit

Name
Vorname
Strasse
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einsenden an: Geschäftsstelle IG Freiheit, Postfach 470, 8702 Zollikon
Fax 044 391 32 30, E-Mail: info@freiheit-liberte.ch

Parolen zur Volksabstimmung vom 29. November 2009

Städtische Vorlagen

Stadtpark Hardau, Objektkredit von 13,23 Mio. Franken	NEIN
Neues Organisationsmodell für die Sozialhilfe in der Stadt Zürich, Änderung der Gemeindeordnung	JA
Elektrizitätswerk, Erhöhung des Objektkredites von 19,89 Mio. Franken um 18,81 Mio. Franken auf 38,7 Mio. Franken für eine zweite Bohrung zur Erforschung der Geothermienutzung und zur Erschliessung des Wärmepotenzials im Triemli-Quartier sowie für den Bau einer Energiezentrale	NEIN
Volksinitiative «40 Meter sind genug»	NEIN

Linke Wohnbaupolitik oder wenn Brandstifter Feuer löschen wollen

GEMEINDERAT ROGER LIEBI
PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Die Linken und naive Steigbügelhalter anderer Parteien in der Stadt Zürich rufen seit einigen Wochen und Monaten lautstark nach billigerem Wohnraum und gebärden sich dabei als Retter für wohnungssuchende Familien. Dieser gespielte Aufschrei ist aus mehreren Gründen unselig und unglaubwürdig.

So hat sich

1. der Wohnungsbestand pro Einwohner der Stadt Zürich seit 1993 – dem Jahr seit die SVP nicht mehr in der Regierung der Stadt Zürich vertreten ist – kaum verändert. Belegten 1993 statistisch 1,89 Einwohner eine Wohnung, so waren es 2007 immer noch 1,86 Einwohner. Das heraufbeschworene Problem der Wohnungsknappheit wird mit diesem Faktum in eindeutiger Weise widerlegt oder zeigt auf, dass es der Linken nicht gelungen ist, im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Wohnraum zu schaffen.

So hat

2. die Verteuerung der Mieten weniger mit gestiegenen Bodenpreisen zu tun, wie uns dies die Anhänger sozialistischer Bodenpolitik auch in diesem Rat immer wissen lassen möchten, denn Immobilien waren noch Mitte der 90er-Jahre, also vor der massiven Schweizerischen Immobilienkrise, teilweise deutlich höher bewertet als heute.

So gilt es

3. heute als erwiesen, dass sich der Lifestyle in den Städten, vor allem in linksdominierten, stark verändert hat: weg von Familien, hin zu 1–2 Personenhaushalten. Der Blick in die Reihen der rot-grünen Gemeinderatsbank bestätigt diese These. Dabei belegen diese Personen im Gegensatz zu 1993 insbesondere vermehrt grössere 3- und 4-Zimmer-Wohnungen.

So hat

4. die in der Stadt Zürich – entgegen allen Erkenntnissen aus den gescheiterten sozialistischen Staaten – inszenierte und gelebte linke Sozialromantik während Jahren zu einem regelrechten Sozialtourismus von Leuten aus tieferen Einkommensklassen geführt, und so ist als wohl wichtigster Faktor für die tatsächliche Verteuerung vieler Wohnungen in bestimmten Quartieren
5. der Anteil der Ausländer, insbesondere der EU-Ausländer, markant angestiegen. Wir erleben eine regelrechte Masseneinwanderung. Die ohnehin schon hohe Zuwanderung stieg nach dem Wegfall der in den bilateralen Verträgen vertraglich geregelten Mengenbeschränkungen noch rasanter an. Allein in die Stadt Zürich zogen zwischen 2006 und 2008 netto 15 249 zusätzliche Ausländer, währenddem im gleichen Zeitraum netto 3690 Schweizer der schönsten Stadt der Welt den Rücken kehrten.

Dass stark steigende Mieten überwiegend mit dem Ausländerzuzug zu tun haben, hat die SVP in allen ihren Voten zur Ablehnung der Personenfreizügigkeit deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir sind damals als ignorante Schwarzmaler bezeichnet worden. Aber nicht nur die SVP, sondern auch der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat Rudolf Strahm warnte im Zuge der Abstimmungen zu den diversen bilateralen Verträgen vor massiv steigenden Mietzinsen. Nach dem Wegfall der Kontingente am 1. Juni 2007 meldete zum Beispiel der Mata-Wohnungsdienst in der Zeitung «heute»: «Wir stellen in letzter Zeit eine regelrechte Invasion aus dem EU-Gebiet fest.» In der gleichen Zeitungsausgabe meldete sich AL-Gemeinderat Walter Angst zu Wort und stellte seinerseits rasant steigende Mieten fest. Quasi als letzte Bestätigung an die linken Ignoranten versandte der Mieterverband am 25. Januar 2008 ein Communiqué, in dem er wörtlich schrieb: «Die letzten Jahre haben aber gezeigt, dass in den Ballungszentren die Mieten in der Folge der Zuwanderung einen weiteren Preisschub erhalten haben.»

Die teuren Mieten sind also erwiesenermassen das verheerende Ergebnis der Personenfreizügigkeit, das nun auch unsere Wähler und all jene, die diese abgelehnt haben, auszubaden haben. Die Grenzen sind offen, der Ansturm hält an. Dank den Freizügigkeitsabkommen mit Brüssel dürfen Europäer, die ein Jahr lang in der EU gearbeitet haben, nach einem Arbeitstag in der Schweiz bei Stellenverlust für eine Dauer von fünf Jahren unsere vollen Sozialleistungen beziehen. Jeder arbeitslose Ausländer wäre dumm, wenn er diese Verdienstmöglichkeit durch eine Rückkehr in die Heimat gefährden würde.

Es zeigt sich überdeutlich, dass die Linken und ihre Gefolgsleute aller Parteien wie brandstiftende Feuerwehrleute agieren, die zunächst das Feuer legen, um danach als gefeierte Brandlöscher ausgezeichnet zu werden.

Die Frage kann also nicht lauten: Was muss Zürich tun, um noch mehr Ausländer aufnehmen zu können? Die Frage lautet: Was unternimmt die Schweiz, um den Zustrom zu beenden?

Die SVP der Stadt Zürich unterstützt deshalb alle Bestrebungen zur Kündigung der Verträge zur Personenfreizügigkeit.

Die SVP lehnt alle Bestrebungen zur Ausweitung des staatlichen Wohnungsbaus ab, da dieser private Wohnungen noch teurer macht. Bereits in der Wohnbaudebatte 2003 erläuterten wir, dass man dies selbst in den ehemaligen Sozialstaaten Schweden und Dänemark gemerkt hatte. Im ehemaligen angeblich sozialen Musterstaat Schweden hiess das zum Beispiel: Verkauf der gemeindeeigenen Wohnungen, Aufhebung der Politik der sozialen Durchmischung in den Quartieren, Reduktion oder Abschaffung von Darlehen.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

VW Golf Highline, Mod. 2003, silbermet., 155 000 km, frisch ab Kontrolle, Radio/CD/Tonband, 8-fach bereift, Alufelgen, Fr. 11 900.– (WIR-Anteil Fr. 7000.–), Tel. 079 355 11 89.

Immobilien: Möchten Sie Ihre Liegenschaft verkaufen? Ein unverbindliches Gespräch gibt Ihnen die Gewissheit, ob ich für Sie der optimale Partner bin. Ich freue mich auf Ihren Anruf, Telefon 079 680 99 35.

Mais-Siloballen ab Platz oder geliefert, Kanton Zürich. Tel. 076 533 18 03.

Deutz Agrofarm 430 mit FH und FZ, Rasentraktor MTD, Fr. 1300.–; **Rasenmäher,** Spezialpreis, Tel. 079 359 85 16.

Splittstreuer Vicon für Traktor, Chromstahlauskleidung, Fr. 500.–, Telefon 079 640 07 61.

3-Schar-Pflug OTT non Stop, Fr. 900.–; **Schwadler,** 2,50, Fr. 400.–; **Kulturegge Griesser,** 2,5 m, Fr. 100.–; **alte Obstmühle,** Fr. 250.–, Telefon 052 318 14 17.

Subaru-Lagacy 4CAM2.5, Jg. 98, 130 000 km, Farbe grün, 8-fach bereift, Fr. 6950.–, ab Garage mit Service, Tel. 079 689 01 25.

4 Kompletträder mit Winterbereifung für Lupo 3 L, Dunlop Sport M2, 155/65 R14, Reifen praktisch neu. Daniel Jost, Husackerstr. 8, 8309 Nürensdorf, Tel. 079 826 81 45.

Advents-Christbäume, selber schneiden, Samstag, 28.11/12./19.12.09, 9.00 bis 15.30 Uhr, Ort: Strasse Kollbrunn-Elgg, zirka 800 m ausgangs Waltenstein. Tel. 044 750 18 78.

Wenn Ihnen Ihre Cholesterinwerte wichtig sind: gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und *Bios Life®*

Cholesterin

Unser pat. Produkt aus rein natürlichen Stoffen! In über 30 Ländern Millionen zufriedener Kunden! S.S. aus D: „Mein LDL sank in 5 Wochen von 7.4 auf 5.1!“

Rufen Sie uns jetzt an!

slimconcept 079 882 84 34

Joya und kyBoot sind die weichsten Schuhe der Welt. Beim Vorweisen des Inserates offerieren wir Ihnen 10% Rabatt. Schuhhaus Ryser, Bankstr. 4, 8424 Embrach (www.schuhhaus-ryser.ch), Tel. 044 865 09 90.

Bodenhacke «Einhell», einmal gebraucht, Garantie bis 2012, Neuwert Fr. 279.–, VP Fr. 190.–; **Nussbaumbretter,** 9 Stück, Länge 2 m, luftgetrocknet, Dicke 3 cm, dem Meistbietenden, Telefon 044 813 00 49.

ZU KAUFEN GESUCHT

BAULAND: Für die Arbeitsauslastung unserer treuen 140 Mitarbeiter und zur Realisierung von Wohnbauprojekten suchen wir Bauland. Marco Bereuter garantiert Ihnen eine speditive und kultivierte Abwicklung. **BEREUTER AG,** Schützenstrasse 55, 8604 Volketswil, Tel. 043 399 33 00.

GESUCHT: **Bauland für 3-Familien-Haus.** Schweizer Familie, 2 Generationen, sucht Bauland für eine 3-Familien-Haus. E-Mail: karin.reust@bluewin.ch

Silbergeld, Münzensammlungen, Silbermedaillen, Barzahlung, Tel. 079 757 64 18, www.silbergeld@gmx.ch.

ZU VERSCHENKEN

5 Barhocker, schwarz; **1 Tisch; 6 Stühle, neuwertig,** Tel. 079 566 12 86.

2 Brückenwagen; Lanker Heuabladegebläse, 10 PS; **Heubelüftung,** 7,5 PS; **Silomaisabladegebläse,** Tel. 044 813 35 74.

2 Stück Bruggenwaagen mit Pneus und Aufbauten. Tel. 079 409 55 39.

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

FREIZEIT/KONTAKTE

Landwirt, 60, 175, schlank mit Bart, verschenkt sein einsames Herz an liebe schlanke Frau. Tel. 079 557 24 51.

DIENSTLEISTUNG

Ein schöner Garten ohne viel Aufwand geht nicht? Geht doch! Die all4green GmbH installiert und wartet Bewässerungssysteme, Rasenroboter und Regenwasseranlagen. Interessiert an einer kostenlosen Offerte? Weitere Infos finden Sie unter www.all4green.ch. all4green gmbh, Christian Braunwalder, Im Tobel 4, 8340 Hinwil-Hadlikon, Tel. 044 260 11 33.

Restposten-Weinverkauf ab Hof oder Hauslieferung! Fam. J. Schneider, 8453 Alten, Tel. 052 317 16 47.

Professionelle und preiswerte **Homepages** für kleine Unternehmen, www.reber-design.ch.

www.alarmanlagenberatung.ch

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

ZU VERMIETEN

Wohnung mit vielen Zimmern, Zürcher Oberland, Dorfrand, Tel. 044 954 21 52 oder 079 325 91 58.

DIVERSES

Gehen Sie ins Altersheim? Wohnungsräumungen gratis oder Kauf des gesamten Inventars. Tel. 079 667 79 82.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte
-

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In Top moderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Für Inserate

Tel. 044 722 77 76
Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

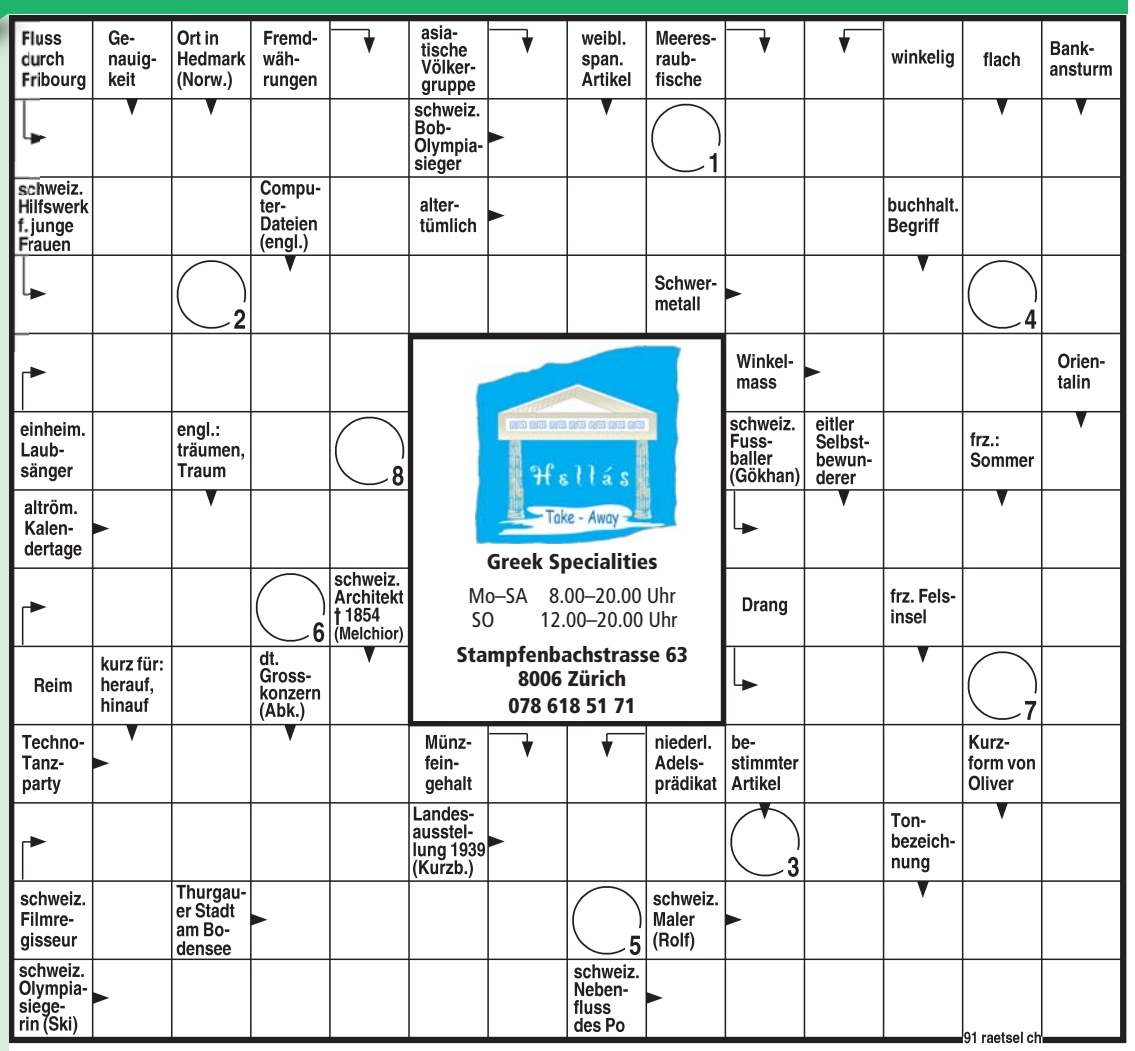
Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 2. Dezember 2009:**

Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 45/09
Lösungswort: Maulwurf
Gewinner: S. Grubenmann, Dietlikon

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 48/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 30. November 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-Veranstaltungen

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 30. November 2009, 20.00 Uhr, Ebertswil, Aufenthaltsraum, Parteiversammlung mit anschliessendem Chlaushöck.

Bezirk Horgen / Horgen
Mittwoch, 16. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Foyer Schinzenhof, Thema: Politik aktuell - Bericht aus der Winter-Session, mit Nationalrat Hans Fehr, Gemeinderäte Andreas Arnold, Theo Leuthold und Emil Roffler, ab 19.30 Uhr Apéro, Beginn 20.00 Uhr.

Bezirk Meilen / Hombrechtikon
Donnerstag, 3. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Restaurant Arcade, Hombrechtikon, taditioneller SVP-Chlaus-Jass mit Nationalrat Christoph Mörgeli und den Kandidaten für die Erneuerungswahlen. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Montag, 7. Dezember 2009, Restaurant KEK, Küsnacht, 2. ausserordentliche Generalversammlung.

Bezirk Winterthur
Freitag, 27. November 2009, 10.00–21.30 Uhr, Eulachhalle, Winterthurer Messe, Halle 1 Stand Nr. 1026, Mittwoch bis Freitag 14.00 bis 21.30 Uhr, Sa. 12.00 bis 21.30 Uhr, So. 10.00 bis 19.00 Uhr. Verschiedene Behördenmitglieder freuen sich auf interessante Diskussionen.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 5. Dezember 2009, 9.30–11.30 Uhr, beim Café Mandarin, Albisstrasse 44, Zürich, Standaktion. Die SVP Zürich Kreis 1 und 2 verteilt eine kleine Chlausüberraschung.

Stadt Zürich / Kreis 7
Donnerstag, 10. Dezember 2009, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Veranstaltung zum Auftakt Gemeinderatswahlen im Jahre 2010. Gastredner sind Hans-Peter Amrein mit dem Thema: «Gesetzliche Grundlagen bei Verkehrsprojekten» und Margrit Zopfi «Mit Zivilcourage = Zu viel Courage?» (ehemalige Mitarbeiterin beim Soz. Departement Stadt Zürich). Veranstalter: Urs Fehr, Präsident SVP 7.

Donnerstag, 4. Februar 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikon, Generalversammlung. Veranstalter: Urs Fehr Präsident SVP 7.

Stadt Zürich / Kreis 9
Freitag, 4. Dezember 2009, ab 19.00 Uhr, Schützenstube im Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 5. Dezember 2009, 19.30 Uhr, Zürich-Affoltern, Blumenfeldstrasse 103, Restaurant Unterdorf, «Chlaus-Träffe», der Samichlaus und der Schmutzli kommen vorbei, sowie die beiden Stadtrats-Kandidaten, Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel. Anmeldungen an: SVP Zürich 11, Daniel Regli, Kornamtsweg 78, 8046 Zürich, svp.zh11@bluewin.ch.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Montag, 14. Dezember 2009, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 15. Januar 2010, Schützenhaus Albisgüetli, Zürich, 22. Albisgüetli-Tagung der Zürcher SVP. Ab 17.00 Uhr Apéro, ab 19.00 Uhr Ansprache des Parteipräsidenten und Standortbestimmung. Grosse Tombola mit 1500 Sofforttreffern und 25 Haupttreffern im Wert von rund 25 000 Franken. Teilnehmerzahl beschränkt. Anmeldung nur via Einzahlung möglich (entsprechende Unterlagen folgen in Kürze an alle Parteimitglieder per Post). Keine telefonischen Vorbestellungen und Reservierungen möglich.

Freitag, 5. Februar 2010, 13.30–17.30 Uhr, ETH Zürich, Semper-Aula (G 60), Panel-Debatte I (14.15 bis 15.30 Uhr) «Sicherheitspolitische Positionierung: Auslandeinsätze der Armee wie weiter?» u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Veranstaltung «Weltpolitische Lage 2010: Herausforderungen für die Schweiz» des Center for Security Studies, ETH Zürich.

10. Nationaler SVP Jasscup in Näfels Glarus
Samstag, 20. Februar 2010, 9.00–15.00 Uhr, Oberurnerstrasse, Sportzentrum Linth-Arena SGU, Jubiläums-Jasscup, Beginn 10.30 Uhr, auch «Nicht-Jasser» sind eingeladen. Teilnahmegebühr: Fr. 30.00 pro Person, Anmeldungen bis 14. Februar 2010 bei: Generalsekretariat SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern, Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail: merian@svp.ch.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Chlaushöck 2009
Donnerstag, 3. Dezember 2009, 14.30–17.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich (PP vorhanden / S4 bis Brunau, dann Treppe hoch / Bus 33 bis Thujastrasse), Chlaushöck. Die beiden Stadtratskandidaten der SVP Stadt Zürich, Mauro Tuena und Dr. med. Karl Zweifel, stellen sich vor. Anschliessend gemütliches Beisammensein bei Kaffee und einem Stück Torte.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

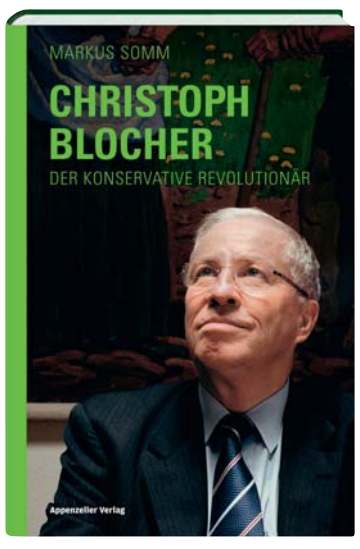
Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Weihnachtsangebot für Leser des Zürcher Boten und Zürcher Bauern

Fr. 38.– statt Fr. 48.–
(inkl. MWSt., Porto und Versand)



Markus Somm, stellvertretender Chefredaktor der «Weltwoche», hat eine neue, von Christoph Blocher autorisierte Biographie geschrieben. Spannend und verständlich stellt er Leben und Wirken jenes Mannes dar, der die schweizerische Politik der vergangenen Jahrzehnte bestimmt hat wie kein anderer. Keiner hat so viele Gegner gegen sich aufgebracht, keiner so viele Anhänger gewonnen, keiner ist so mächtig geworden wie Christoph Blocher. Und das in einem Land, wo jeder Anhäufung von Macht misstraut wird. Christoph Blocher, der als Bundesrat abgewählt worden ist, beschäftigt die Schweiz noch immer. Woran liegt das? Markus Somm formuliert in seinem Buch Antworten.

Somm, Markus: **Christoph Blocher – Der konservative Revolutionär**
15×22 cm, 528 Seiten, illustriert, Fr. 48.–, ISBN 978-3-85882-482-0

Appenzeller Verlag

Pressestimmen:

«Somms Verdienst ist es, die Blocher-Jahre erstmals umfassend in ihren historischen Kontext zu stellen.»
NZZ am Sonntag

«In verständlicher, attraktiver Sprache zeigt Somm, wie Blocher die Zürcher SVP nach der Übernahme des Präsidiums im Jahr 1977 zum Erfolg führte.»
Tages-Anzeiger

«So detailliert und genau ist der Werdegang Blochers und seiner SVP noch nie beschrieben worden.»
Schaffhauser Nachrichten

«Aufschlussreich, hie und da auch überraschend.»
Neue Luzerner Zeitung

Bestellung

Bitte senden Sie mir _____ Exemplare à Fr. 38.–

Somm, Markus: **Christoph Blocher – Der konservative Revolutionär**

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____
ZB

Talon ausfüllen und einsenden an: Appenzeller Verlag, Kasernenstrasse 64, 9101 Herisau.
Bestellungen per Telefon: 071 354 64 64, oder E-Mail: appenzellerverlag@appon.ch
Bitte geben Sie bei Bestellungen per Telefon oder E-Mail an, dass Sie Leserin oder Leser des Zürcher Boten sind, damit Sie vom Sonderangebot profitieren können.
Das Sonderangebot ist gültig bis 31. Dezember 2009.